

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930 40 (1926)

15 (19.1.1926)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-520285](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-520285)

Das „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 2.00 Reichsmark; drei Monate 5.00 Reichsmark; sechs Monate 9.00 Reichsmark; ein Jahr 17.00 Reichsmark. Die Postbezugsstellen für den Monat 2.00 Reichsmark.

Republik

Einzelnen: mm-Zelle od. deren Raum für 10 Pf. Familienabg. 8 Pf. für Einzelne, auswärts. Derzeitigen 20 Pf. Familien: mm-Zelle total 40 Pf., ausw. 50 Pf. Abg. nach Zahl, Postverf. unanwendbar. Geschäftsstelle in Oldenburg: Radenallee 32, Fernsprecher Nr. 1793

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Offriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Dienstag, 19. Januar 1926 * Nr. 15

Redaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Zwischenfälle bei der Regierungsbildung.

Abg. Koch als Stein des Anstoßes.

Das zweite Kabinett Luther war so gut wie fertig, als die Bayerische Volkspartei es für angebracht hielt, die von der Deutschen Volkspartei tagelang verfrühte Exprezidentatistik zu ihrem Ideal zu erheben. Als Reichskanzler der Großen Koalition war sie bereit, mit dem Führer der Demokratischen Dr. Koch zusammenzuarbeiten. Aber als Innenminister ist er für sie völlig nicht mehr zu ertragen. Dieser Widerspruch zeigt, daß nicht die Verlogen des Herrn Koch zu dem Verfahren der Bayerischen Volkspartei Anlaß gegeben hat. Wer Herrn Koch als Reichskanzler erwägt, müßte ihn erst recht als Innenminister „traubar“ halten.

In Wirklichkeit bildet die Verlogen des Herrn Koch für die Bayerische Volkspartei nur einen Vorwand, um dem zweiten Kabinett Luther eine stärkere Tendenz, als anfänglich geplant, nach rechts zu geben. Die deutsche nationale Reichstagsfraktion spielt in diesem Zusammenhang eine gewisse Rolle. Sie hat den Verlust der Zutterfrühe nur sehr schwer überstanden und versucht mit allen Mitteln, wenigstens durch eine Hintertür, sich auch einen gewissen Einfluß auf das neue Kabinett zu sichern. Als die Volkspartei unter dem Einfluß der Verhandlungen müde geworden war und sich mit der anfänglich geplanten Zusammensetzung des Kabinetts abgefunden hatte, vertrieben sich die Deutschnationalen hinter die Bayerische Volkspartei und prompt wurde der erteilte Auftrag ausgeführt. Koch soll verfrüht werden und an seine Stelle soll nach dem Wunsch der Bayerischen Volkspartei oder besser der Deutschnationalen ein Mann treten, der in der Grunde genommen ebenso reichsrein sein kann wie Herr Koch, politisch aber unter dem Mantel der Neutralität in den deutschen Nationalen heimlich steht. Das ist der wahre Sinn der plötzlich wieder aufgenommenen Kritik.

Es zeigt sich also auch jetzt wieder, daß die Rufe nach einer schnellen Lösung der Regierungskrisis in Wirklichkeit die Rufenmacher sind. Wann ihre Arbeit vollendet wird, oder ob sie überhaupt etwas erreichen wird, ist vorläufig noch nicht zu sagen. Im Moment aber in der Reichstagsfraktion unter dem Vorhitz des Herrn Luther abgeordneten interfraktionellen Verhandlungen wurden ohne Ergebnis abgebrochen: sie sollen am Dienstag vormittag um 10 Uhr fortgesetzt werden. Zugleich hat Herr Koch seiner Freistellung das Mandat für das Reichsinnenministerium zur Verfügung gestellt. Der vorläufige Will nicht den Anlaß zur Verleumdung der Kritik geben. Die demokratische Fraktion aber hat vorläufig noch an Koch als Innenminister fest und hat hierzu u. G. nicht nur das Recht, sondern als republikanische Partei auch die Pflicht. Nebenfalls dürfte von der Gründung einer Partei die Salbung der Sozialdemokratie gegenüber dem zweiten Kabinett Luther in nicht unmittelbarem Maß abhingen sein.

Berlin, 19. Januar. (Kabeltelegraph.) Am heutigen Sonntag um 10 Uhr sollten die letzten abgebrochenen interfraktionellen Verhandlungen ihren Fortgang finden. Aber nach dem Verlauf der in den letzten Wochen geführten Verhandlungen, wegen der heftigen Verhandlungen nur noch letzten Charakter haben, Fraktionen und Zentrum hielten nach Abbruch der letzten interfraktionellen Verhandlungen nach Fraktionsfraktionen ab. Die Zentrumskritik hat sich von ihren Unterhändlern lediglich Bericht über den Gang der Verhandlungen erhalten, während die Demokraten bestreben, unter allen Umständen an ihrem Parteiführer Koch als Innenminister festzuhalten. Mit diesem Gesichtspunkt befaßt sich Götters und das zu dem Reichswehrminister Dr. Götters, auf dessen Haltung am Sonntag schließlich der Reich der Deutschen Volkspartei auf das Innenministerium zurückzuführen ist. Götters hat sich in der Tat mit dem weiteren Verbleiben als Innenminister nur unter der Bedingung einverstanden erklärt, daß Koch das Innenministerium übernimmt.

Reichswehrminister Dr. Götters befaßt sich im Anschluß an die Unterredung mit seinen Parteiführern gegen 10.30 Uhr zum Reichskanzler Dr. Luther, was in Gegenwart des Reichswehrministers Dr. Brandt die Lage besprochen wurde. Bei dieser Gelegenheit offenbarte Luther sein meiste Bedenken, indem er sich gegen das Verbleiben der Demokraten und für die Wiederherstellung des Einflusses der Bayerischen Volkspartei aussprach. Das führte dazu, daß die demokratische Partei in einer weiteren Sitzung nachts gegen 12 Uhr folgende Entschlüsse annahm:

Die Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei ist nicht gewillt, infolge eines Einverständnisses der Bayerischen Volkspartei auf ihre Wünsche für die Bildung des Reichsinnenministeriums zu verzichten. Sie hat ihre Ablehnung auch der Überzeugung vertreten, daß durch sie die Führung der Innenpolitik im Geiste der Republik gesichert werden soll. Sie ist nicht in der Lage, diese Verantwortung vor einem unüberwundenen parlamentarischen Mißtrauen zu übernehmen. Dieser Beschluß ist heute vermittelt dem Reichskanzler Dr. Luther und den anderen Parteiführern mitgeteilt worden.

Überroll die alten Borden.

(Eigene Meldung aus Stockholm.) Der Reichsverband der finnischen Sozialdemokratischen Parteien hat in der nächsten Zeit zum zentralen Zweck eine Versammlung zu unterhalten, nach der die Partei grundsätzlich zur Sozialdemokratie übertritt.

teiligung an einem Koalitionsministerium bereit erklärt. Die letzte Entscheidung darüber soll gegebenenfalls der Parteivorstand gemeinsam mit der Parlamentarisation treffen.

Die vier Bergarbeiterverbände beschließen, für den gesamten deutschen Bergbau die Erneuerung der Betriebsverträge auf die Tage vom 25. bis 27. März 1926 zu legen. Die übrigen

Deutsche Vorstellungen in Paris.

Gegen die 75 000-Mann-Befähigung.

Paris, 19. Januar. (Kabeltelegraph.) Die der „Petit Parisien“ mitteilt, mit dem von Götters, der deutsche Botschafter in Paris, am heutigen Dienstag abends Mittag nach dem französischen Ministerpräsidenten Poincaré einen Besuch abgibt, um ihm die Einwände der deutschen Regierung gegen die Aufrechterhaltung der Befähigungsgruppen in einer Stärke von 75 000 Mann in der zweiten und dritten Zone zu übermitteln. Nach einer offiziellen Mitteilung aus London sind die deutschen Einwände der englischen Regierung bereits durch den deutschen Botschafter in London überliefert worden. Sie sind in englischen Regierungskreisen gegenwärtig wegen des erneuerten Prüfungsbeschlusses eine Antwort an die deutsche Regierung erteilt wird, soll ein Meinungsabtausch zwischen London, Paris und Brüssel stattfinden.

Der Prozeß in München.

(Eigene Meldung aus München.) Im Verlaufe der Vorverhandlung erzählt ein Major Wierner am Montag, Kasse habe bei einer Offiziersbesprechung in Berlin erklärt, er beabsichtige nicht, gegen jeden Verurteilten vorzugehen, der in Ausübung seines Dienstes einmal einen Liebesbrief beantragen habe. Der Führer des Freikorps Wülfen, Major von Wülfen, stellt dem dem Angehörigen Wülfen das Zeugnis eines ehrenvollen und rücksichtslosen Offiziers aus, der jeden Befehl auszuführen habe, wie er das auch von seinen Vorgesetzten verlangte. Als Anhalt des Schicksals bezeichnet dieser Anwalt im Widerspruch zu den anderen Zeugen die Verurteilung jedes, der gegen die Regimentsgruppen kämpfte oder gekämpft hatte, an die Wunde gestellt werden mußte. Der verurteilte Erlass der Garde-Schützen-Regimenten habe befohlen, daß jeder Gegner, von dem der Truppenführer die Überzeugung gewonnen habe, daß er den Regimentsgruppen entgegengetreten sei, an die Wand gehöre, und zwar umständliches Standartenverfahren, sondern nach dem einfachen Schußbefehl, nach dem der Führer ohne weiteres die gefangenen Gegner erschließen konnte und mußte. Ein Befehl, der befohlen hätte, daß nur solche Leute, die mit der Waffe in der Hand kämpfend angetroffen wurden, zu töten seien, hätte der Truppe gar nicht geschadet. Es sei notwendig gewesen, den brutalen Befehl von oben zu empfangen und er habe diesen Befehl seinen Leuten weitergegeben. Mit dem Verbrechertum der Aufrührer habe außerdem zu tun werden müssen. Die Art, wie die Bevölkerung der Truppe schon in Regensburg entgegengetreten sei, habe gezeigt, daß die Gegner nicht flüchter und zäher gewesen seien als die in Berlin.

Der Skandal in Ungarn.

Gorthy-Methoden bei der Unternehmung.

(Budapester Eigenmeldung.) Der verurteilte Sekretär des kaiserlichen Hofes wurde vor einigen Tagen in ein anderes Gefängnis überführt, nachdem er ein vollständiges

Humor aus Ungarn.



„Sagen Sie mal, Herr Kassierer, was kann ich für 1000 Franc bekommen?“
„Na, je... fünf bis sechs Jahre...“

interessierten Organisationen wie die dem HfV-Bund angehörenden Angehörigenverbände dürften sich mit dem Vorhitz einverstanden erklären.

Die kommunistische Presse behauptet, daß die SPD, gemeinsam mit den Arbeiterverbänden einen Gegenentwurf über die Wiederherstellung ausgearbeitet hat. Dazu teilt uns der Reichsbund deutscher Arbeiter mit, daß die kommunistische Partei wohl an keine Vertreter herangetreten sei, eine Entscheidung aber nicht getroffen wurde, da der Reichsbund die Herausziehung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei verlangte, um die Aktion auf eine breitere Basis zu stellen.

Soldaten, die einmal von der Truppe vertrieben wurden, seien buchstäblich zu Tode gemartert worden. Er habe daher den Offizieren eingeschärft, daß der Zweck des Freikorps sei, alle Leute, die der Truppe lämpfend entgegengetreten sind, zu vernichten. Später seien die letzten Bestimmungen abgeändert worden. Bei dem Differenz aus Berlin, habe er die Vorstellung bekommen, daß sich im Rücken der Truppe ein neues Aufstandszentrum bilde, gegen das schärfste Maßnahmen ergriffen werden müßten.

Englische Ehrung für Einstein.



Die Königlich Astronomische Gesellschaft in London hat Prof. Einstein, den wir heute im Bild bringen, für seine Feststellung der Relativitätstheorie ihre goldene Medaille zuerkannt.

Gefährdung abgelegt und die politischen Hintergründe der Mithlung ausgebeugt hat. Es wurde deshalb in dem bisherigen Gefängnis entlassen: mihobelt; seiner Familie wird gedroht, daß man sie töten und in die Donau werfen werde. Dieser Bedrohung ist es auch zuzuschreiben, daß der Sekretär in seinem letzten Bericht, die Angaben, die den Feldbischhof Jadranc betrafen, zurückgezogen hat.

Wie in politischen Kreisen verlautet, ist die Stellung des Ministerpräsidenten Bethlen ebenso wie die des Reichswehres Gorthy durch die Unternehmung in Gefahr gefährdet, daß man schon nach ihren Nachfolgenden Nachschub hält. Bethlen hat im Laufe der Unternehmung bereits dreimal seine Demission gegeben, und nur die Anklage seiner Partei vor einem Zusammenbruch des Systems hat ihn von dem, seine Demission nicht aufrechtzuerhalten. Im Pressebureau des Ministerpräsidenten wird den Redakteuren der oppositionellen Zeitungen auf Anfrage immer wieder die Versicherung gegeben, daß Gorthy innerhalb der nächsten sechs Monate sicher zurücktreten werde.

Erzbischof Miksa hat nach einer Depesche aus Budapest angeblich auf alle Rechte auf den ungarischen Thron verzichtet.

Der fällige Hochverratsprozeß.

(Reichstager Eigenmeldung.) Am Montag begann vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Hochverratsprozeß gegen kaiserliche Landeshauptmannschaften. Angeklagt sind wegen Verbeten zum Kaiserreich und Verbeten gegen die Republikation des Abgeordneten Josef Schaller, Josef Götters und der Sekretär der kommunikativen Landeshauptmannschaften Josef Schwan, sämtlich aus München. Allen drei Angeklagten wird zur Last gelegt, im Jahre 1924/25 in München, Stuttgart, Garmisch und anderen Orten ein Hochverratsbündnis unterhalten zu haben, um die Reichsregierung zu beseitigen. Als drei Angeklagte werden außerdem zum unterstellt zu haben. Alle drei Angeklagten werden an, daß sie sich nicht brüsten, Hochverratsbündnisse zu bilden. Sie hätten sich lediglich mit den Organisationsfragen der Partei beschäftigt. — Der Prozeß wird zwei Tage dauern.

Aus Wiesbaden wird berichtet: Die einstige Wollungsbedeute hat die sofortige Aufhebung der auf Verlangen der Franzosen eingerichteten öffentlichen Häuser verfügt. Die Aufhebung mußte binnen vier Stunden erfolgen.

